Abend-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 411.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 14. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung.

(Schluß.)

Abg. v. Minnigerode: Die heutige Rede des Abg. Richter kann einen Anspruch auf Originalität nicht machen. Herr Richter hat nur zitirt aus Reden, die er früher gehalten. Falsch zitirt hat er den Reichskanzler, welcher gestern ausführte, daß sich die Steuerexekutionen von 1,100,000 in den letzten Jahren auf 600,000 Fälle vermindert haben. Diese Verminderung ist eine der Folgen der neuen Wirthschaftspolitik. Ebenso unrichtig sind Herrn Richters Darstellungen über die Auswanderung. Wenn aber Herr Richter von dem Leichtsinn und der Unerfahrenheit gesprochen, auf welche bei manchen Steuervorlagen spekulirt werde, so finde ich diese Parallelstellung des Wuchergesetzes mit den Absichten der Gesetzgebung von meinem Standpunkte aus geradezu unerhört. Die konservative Partei stimmt mit den Liberalen überein darin, daß Steuer-Ermäßigungen geschaffen werden sollen, aber die Herren Liberalen haben bisher den Grundbesitz mit der auf ihm lastenden Grundsteuer ganz und gar vergessen, und Mehreinkünfte aus den Steuern will Herr Richter nicht bewilligen. — Herr Richter wünscht, daß die Vexationen der Industrie und die Beunruhigungen des Publikums aufhören; ich glaube, daß seine Reden nicht geeignet sind, Beruhigung zu verbreiten und wenn er ausführt, Herr v. Minnigerode ist der Sünder, der die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses zu verantworten haben wird, so muß ich darauf hinweisen, daß von einem konservativen Abgeordnetenhause nicht die Rede sein kann. Ob eine Auflösung dem Abg. Richter so erwünscht käme, scheint mir zweifelhaft. Er selber hat dort seinen Sitz für Hagen aufgeben müssen und heißt jetzt Richter-Berlin. Bei Wiederwahlen sind alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme des Zentrums, wegen ihrer Sitze in Besorgniß. Ohne die wirthschaftlichen Reformen hätten wir heute sicherlich ein Defizit, und es handelt sich darum, diese Reformen zum Abschluß zu bringen. Herr Richter hat gesagt, daß das Monopol keine nationale Einrichtung sei und daß ihm der Wille der Nation widerstrebe; nun meine ich aber, daß doch der Reichskanzler mit seinen großen Verdiensten um die Nation ein besserer Interpret der Volksmeinung ist als jene Herren von der Linken, die am Schlusse der Rede des Kanzlers, als dieser davon sprach, den nationalen Gedanken hochzuhalten und das Reich nicht an dem Marasmus parlamentarischer Zerfahrenheit und an den Folgen der Fraktionspolitik zu Grunde gehen zu lassen, mit Zischen antworteten. Diese Herren haben wohl kaum einen Anspruch daranf, mit demselben Recht im Namen der Nation zu sprechen, wie der große Mann, dem wir erst eine deutsche Nation verdanken. Sie kritisiren die Motive des Kanzlers, aber welche Motive haben Sie denn? Sie sammeln die Beiträge der Tabaks-Interessenten, und sagen zu diesen, wenn wir was für Euch thun sollen, müßt ihr auch dafür erkenntlich sein. Die Redensart, daß der Tabak bluten müsse, findet auf diese Weise eine interessante Bestätigung. Zu denjenigen, die ein Interesse an der Nichteinführung des Monopols in Deutschland haben, gehört vor allen Dingen die französische Regie; sie wird sich bei Herrn Richter zu bedanken haben, da er ihre Interessen hier so gut vertreten hat. — Der Abg. Bamberger hat nun gestern unter Hinweis auf die vom Kanzler für das Monopol zitirte freihändlerische Autorität Leroy-Beaulieu gesagt: Ja um den Preis des Freihandels will ich das Monopol auch. Er erklärt sich doch wenigstens bedingungsweise für das Monopol; ähnlich verhalten sich viele andere Abgeordnete, die an das Monopol Bedingungen knüpfen, nicht einmal alle so schwer erfüllbar, wie die des Abg. Bamberger. Die finanziellen Bedürfnisse des Reiches erkennen meine Freunde an, ebenso, daß der Tabak weiter zur Besteuerung herangezogen werden kann und daß eine Qualitäten-Besteuerung die einzig gerechte ist; diese aber führt uns zum Monopol, da sie in dieser Form allein und am besten und zuverlässigsten gehandhabt werden kann. — Im höchsten Maße bedenklich muß die Arbeit der Kommission erscheinen. Schon bei der ersten Berathung erklärte der Referent, Abg. Barth: Wir werden bei der Kommissionsberathung energischen Antheil an derselben nehmen. Das scheint denn dieser Herr Abgeordnete auch gethan zu haben und ich muß sagen: „Vor diesem Werke steh' ich staunend!“ Auch in seiner Form ist der Kommissionsbericht unerhört. Ueberall zeigt sich eine gewisse nervöse Stimmung; wir waren solche Berichte bisher nicht gewöhnt, und wenn ich beispielsweise in dem Berichte am Schlusse lese: die Idee des Monopols theilt die Nation in ihrer großen Mehrheit nicht, — so meine ich, das ist mehr ein Ton für Volksversammlungen als für einen Kommissionsbericht. (Sehr gut! rechts.) Bisher ist es noch nicht dagewesen, daß Anträge, die in der Kommission gestellt und von dieser angenommen wurden, in dem Berichte selbst nach dem betreffenden Antragsteller bezeichnet worden. Hier ist dies geschehen und ich möchte bitten, daß die alte Praxis in Zukunft beibehalten würde und daß die von der Kommission angenommenen Anträge einfach als Kommissionsanträge bezeichnet würden. Wir sind der Meinung, daß die Kommission nicht blos den Grundgedanken des Monopols und die Prinzipien der Vorlage, sondern auch die Einzelbestimmungen hätte gründlich berathen müssen. Diese unsere Ansicht praktisch auszudrücken, haben wir den Antrag eingebracht, der den Namen des Abg. Uhden trägt und der einige Abänderungen von Spezialbestimmungen der Vorlage bezweckt. Wir wünschen damit zu sagen, daß auch diese Paragraphen in der Kommission hätten erörtert werden müssen, um auf die einschlägigen Fragen hier Auskunft zu erhalten, und wir wollen damit demonstriren, daß wir dieser Art der Kommissionsberathung nicht beistimmen. Ich habe ferner zu erklären, daß ein Theil meiner Freunde für den § 1 stimmen werden, um damit auszudrücken, daß wir im Prinzip mit dem Gedanken des Monopols einverstanden sind. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich werde mich abweichend von den übrigen Rednern lediglich mit der Monopolfrage befassen. Auf die Anträge und Resolutionen einzugehen, wird dann noch Zeit sein, wenn sie zur Diskussion gestellt sind. Schon in der ersten Berathung habe ich die Stellung meiner politischen Freunde zu der Monopolfrage und meine eigene klar und kurz bezeichnet. Seitdem ist eine Aenderung in unserer Anschauung nicht eingetreten. Ich würde darum keinen Anlaß zu weiteren Bemerkungen haben, würde mich auf meine früheren Auslassungen beschränken können, wenn nicht jetzt in der Verhandlung einzelne Punkte zur Sprache gekommen wären, die der Erörterung bedürfen. Herr Bamberger hat kein Bedenken getragen, die Sache so darzustellen, als ob ich bemüht gewesen wäre, die Entscheidung über die Tabaksfrage an sich hinauszuschieben. Ich erkläre hiermit, daß ich das zu keiner Zeit gewollt habe. Allerdings gestehe ich zu, daß ich eine gründliche kommissarische Prüfung der Frage für wünschenswerth erachtet und meinen politischen Freunden zur Erwägung gegeben habe. Die Kommissionsberathung kann ich nicht als ausreichend, den Bericht nicht als objektiv anerkennen. Eine ganze Reihe von Fragen ist unklar geblieben. Eine objektive Gegenberechnung von Seiten der Kommission liegt nicht vor, auch fehlt eine Erörterung über die Wirkung der Tabaksteuer auf die Tabaksfabrikanten. Und doch lag gerade hierzu eine Anregung vor, da ich selbst in der ersten Lesung darauf hingewiesen; denn ich glaube, daß gerade aus diesen Kreisen Verbündete für das Monopol erstehen werden. (Abg. Sonnemann: dann hätte eine neue Enquete veranstaltet werden müssen.) Dagegen würde ich nichts einzuwenden gehabt haben. Endlich vermisse ich eine gründliche Prüfung der Frage, wie sich das Verhältniß zwischen Fabrikanten und Tabaksbauern gestaltet hat. Gehen die Dinge so weiter wie bisher, so glaube ich, daß auch die Tabaksbauer bald nach dem Monopol verlangen werden. Gerade dieser Punkt müsse gehörig untersucht werden. Denn gerade aus der mangelhaften Prüfung desselben wird man die schärfsten Argumente schöpfen, wenn man uns nächstens wieder mit dem Monopol kommt. Die liberalen Zeitungen, die jetzt nur Hohn und Spott enthalten, werden dann begreifen, daß der Rath des alten Windthorst doch gut gewesen ist. (Heiterkeit links.) Ich wünsche, daß das Monopol beseitigt werde, daß es niemals wieder kommt. Aber ich sage, daß Sie (links) durch ihr Verhalten am Meisten dazu beigetragen haben, daß uns dieses Schicksal bevorsteht. Denn der Reichskanzler resignirt nicht, wie seine gestrige Rede gezeigt hat. Das preußische Abgeordnetenhaus wird sich sicher noch einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Es kann wohl sein, daß eine Session darüber hingeht, aber kommen wird sie. Wer längere Zeit im Parlamente ist und sieht, wie sich Gedanken entwickeln, wie Ideen, die anfangs bekämpft werden, gerade durch die Diskussion an Boden gewinnen, der wird sich sagen, daß mit dem heutigen Votum die Sache ihr Ende noch nicht erreicht hat. Ich möchte darum an die Bundesregierungen die Bitte richten, vor diesem Votum Halt zu machen, die Monopolpläne auf und offen und bestimmt hierüber Erklärung abzugeben. Denn das ist doch unzweifelhaft, daß nur eine solche Erklärung die Beruhigung wird möglich machen, die von allen Seiten gewünscht wird zum Nutzen einer Industrie, in deren Dienst Tausende von Arbeitern stehen, zum Nutzen für die weitere politische Entwickelung unseres Vaterlandes, endlich auch im Interesse einer gesunden, ruhigen, konservativen Politik. Verlassen Sie (links) sich nicht zu sehr auf den Sieg, den Sie neulich bei der Zolltarifnovelle errungen, glauben Sie nicht, daß es Ihnen leicht sein wird, diese Majorität auch gegenüber einem neuen Tabaksmonopol aufrecht zu erhalten. Denn ich habe die Ueberzeugung, daß die Novelle nicht zu Falle gekommen wäre, wenn man an berufener Stelle die Positionen mit größerer Energie vertreten und gewisse Persönlichkeiten an die Stellung erinnert hätte, die sie bei der Tarifberathung eingenommen haben. Uebrigens sind die Erhöhungen zwar abgelehnt, aber da, wo Sie (links) der beschlossenen Reform direkt zu Leibe gehen wollten, bei dem Schmalzzoll, sind Sie doch nicht durchgedrungen. Da haben die Herren Nationalliberalen die Heeresfolge versagt und die bedeutenderen unter ihnen haben erklärt, wir wollen es bei den früheren Beschlüssen bewenden lassen. Trotz dieses ablehnenden Votums, das Sie den Zollerhöhungen ertheilt, werden wir in kurzer Zeit doch den Honigzoll bekommen, der gerecht ist (Schieferzoll links). Den Schieferzoll auch, weil er eine Konsequenz des Gedankens ist, daß die vaterländische Industrie geschützt werden muß (Rufe links: Gründungen). (Der Präsident bittet den Redner nicht zu unterbrechen.) Herr Präsident, die Herren stören mich nicht. (Große Heiterkeit.) Was nun die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers anlangt, so muß ich sagen, daß er bedeutsame Gedanken vorgetragen hat, die wohl zu überlegen sind. Ich theile zwar bezüglich der Resultate, zu denen er kommt, nicht seine Anschauung und glaube auch, daß ich mich nie zu derselben bekehren werde, aber der Gedanke ist richtig, eine Verminderung der direkten Steuern ist nothwendig. Allein, wenn durch das Monopol eine Beseitigung derselben und eine Heilung der Schäden herbeigeführt werden soll, so hat man wohl vergessen, daß man zwar Wunden heilt, aber auch neue gefährliche schlägt. Durch die Einziehung einer großen Privatindustrie werden viele brotlos gemacht und ganze Landstriche in der bedenklichsten Art geschädigt werden. Das ist ein bedeutsames Element, das man nicht unterschätzen sollte. Es ist mir ganz klar, daß die Einführung des Monopols Bremen auf eine Reihe von Jahren schwere Verluste zuführen würde. Die Behauptung des Reichskanzlers, daß die Klassensteuer die Auswanderung vermehre, ist nicht ohne Berechtigung. Dazu kommt aber noch die sehr drückende Militärpflicht und daß jeder gern weggeht, um seinem Gott nach seiner Art dienen können. (Lachen links.) Ja, die Herren Liberalen haben uns das unmöglich gemacht und eine große Anzahl von Regierungen hat kräftig mitgewirkt, Baden vor allen. Wie oft haben wir hören müssen, wenn es Ihnen nicht gefällt, so gehen Sie fort. Die Neigung zum Kulturkampf war damals so groß, daß man uns am liebsten sämmtlich übers Meer befördert hätte. (Heiterkeit.) Das Alles ist jetzt endlich zum Bewußtsein gekommen, und jetzt dürfen wir erst hoffen, daß wir wieder zu den alten guten Zuständen, wie sie früher waren, zurückkehren werden. Wir hören wohl, daß der Druck der direkten Steuern gemindert werden muß, aber die Frage ist doch, woher die Mittel zu nehmen sind. Indirekte Steuern drücken doch auch, wenn man es auch nicht so sehr bemerkt. Ich glaube, daß ein gut regierter Staat direkte und indirekte Steuern haben muß, ein System von ausschließlich indirekten Steuern kann meinen Beifall nicht finden. Nur kommt es darauf an, das richtige Verhältniß zwischen direkten und indirekten Steuern festzustellen. Der Herr Reichskanzler hat dann auf das Verwendungsgesetz hingewiesen. Aber demselben fehlte ja jegliche Basis. Der wesentlichste Grund, weshalb ich auf dasselbe nicht eingegangen bin, war der, daß durch dasselbe ein Präjudiz für das Monopol geschaffen werden sollte, und dazu konnte ich mich nicht verstehen. Daneben ist doch zu bemerken, daß ein Verwendungsgesetz nicht eine Steuerreform ist. Will man eine solche, so muß man nach den Steuerverhältnissen nicht des Staates allein, sondern auch der Gemeinden fragen, man muß sehen, ob die bestehenden direkten Steuern, ob die Veranlagung derselben gerecht sind. Das ist eine Steuerreform, davon aber ist in dem Verwendungsgesetz keine Rede. Deshalb haben auch nicht wir allein, sondern weite Kreise demselben Bedenken entgegengebracht. Wenn man nicht im Stande ist, Vorschläge zu machen, in welchem Verhältnisse direkte und indirekte Steuern zu einander stehen sollen, so wird man immer Fiasko machen. Ich muß also das Abgeordnetenhaus gegen die Angriffe, die gegen dasselbe gerichtet worden, vertheidigen. Die Drohung, dasselbe aufzulösen, ist jetzt ja wohl bedeutungslos, da dasselbe so wie so bald auseinandergehen muß. Der Herr Reichskanzler hat sich darüber beklagt, daß er jetzt bei meinen Freunden weniger Unterstützung fände, als in seiner Wirthschaftspolitik. Ich kann ihn versichern, daß, falls wir uns von der Richtigkeit des Monopols überzeugen könnten, wir seinem Regimente dasselbe gern bewilligt haben würden, da wir gewußt hätten, daß die Erträge desselben zu Zwecken verwendet wären, die auch wir billigen. Aber wir haben nicht finden können, daß das Monopol das richtige Mittel ist für eine Steuerreform. Mat hat uns wohl aufgefordert, dieselben anzugeben. Darauf antworte ich, daß es nicht die Aufgabe repräsentativer Körper ist, solche Mittel anzugeben. Aus dem Parlament können nicht Vorschläge für neue Steuern hervorgehen. Daher kann ich auch den Antrag Minnigerode nicht annehmen, bin aber zu einer Prüfung desselben bereit, wenn die Regierung auf denselben eingeht. Will die Regierung meine Privatansicht hören, was ich nicht glaube, so bin ich dazu bereit, ihr meine Ansicht zu sagen. Die Ziele und Zwecke der Vorlage, Erleichterung der unteren Klassen und der Kommunen, billige ich voll und ganz. Aber in Beziehung auf die Schulen wiederhole ich, daß ich mich gegen die Umwandlung der Schullasten in Staatslasten mit dem letzten Finger wehren werde. Bei dieser Gelegenheit mache ich darauf aufmerksam, wie die Schullasten unter dem Regime Falk gerade vermehrt sind. Ich empfehle Ihnen das Monopol mit großer Mehrheit abzulehnen, die Regierungen aber bitte ich, endlich ruhen zu lassen, was doch nicht zu erreichen ist. Auch ich habe, wie der Kanzler, meine Eile, zu verreisen.

Abg. v. Kardorff: Der Wunsch nach Ruhe wird auch nach Ablehnung dieser Vorlage nicht erfüllt werden, denn die einfache Thatsache, daß der Tabak bei uns nur mit einer Mark pro Kopf der Bevölkerung besteuert ist, während er in anderen Staaten mit fünf bis sechs Mark besteuert ist, hindert die Ruhe. Die Besteuerung solcher entbehrlichen Genußmittel, wie spirituose Getränke und Tabak, beruht auf einem ethischen und sittlichen Grund. Wenn man diese Artikel hoch besteuert, setzt man eine Prämie für diejenigen aus, die sich nur einem mäßigen Genuß dieser Mittel hingeben. Darum haben alle Kulturstaaten diese Genußmittel hoch besteuert und diesen ethisch-sittlichen Gesichtspunkt hat die gegenwärtige Vorlage verlassen. (Lachen links.) Gerade für die arbeitende Klasse ist diese Erziehung nothwendig. (Lachen links.) Es ist nicht gleichgiltig, ob eine Arbeiterfamilie von ihrem Einkommen den vierten Theil für diese Genußmittel ausgiebt oder nicht. Herr Bamberger hat das freilich so dargestellt, als ob es ein geheiligtes Menschenrecht wäre, eine billige Cigarre zu haben. Das ist Manchesterdoktrin. Für die Regierung war es verführerisch, jenen Standpunkt zu verlassen nach den Agitationen, die wir bei den letzten Wahlen erlebt haben und gegenüber der Behauptung, daß beim Monopol das Pfund Tabak 5 Mark kosten wird, und den Beweis zu liefern, daß der Tabak trotz des hohen Ertrages nicht vertheuert wird. Aber die Grundlage halte ich für falsch. Wenn man das Monopol überhaupt will, so muß man auch die arbeitenden Klassen hierzu beitragen lassen. Wie wir den Arbeitern in sozialer Beziehung helfen wollen, so sollen auch sie hier helfen. Auch die Einnahmen, welche die Vorlage in Aussicht stellt, sind nicht so groß, daß ich die Verantwortung auf mich nehmen möchte, um dieser Einnahmen willen zu der wirthschaftlichen Umwälzung mitzuwirken, welche das Monopol unzweifelhaft nach sich ziehen muß. Weiter ist von liberaler Seite als Hauptgrund geltend gemacht worden, das Monopol gebe dem Staate eine zu große Macht, vor der man sich im konstitutionellen Interesse scheuen müsse. Ich habe gerade die entgegengesetzte Ansicht. Die Erfahrungen, die wir bisher mit Staatsbetrieben gemacht haben, laufen darauf hinaus, daß die Staatsbetriebe keineswegs eine Garantie dafür bieten, daß die in denselben angestellten Beamten und beschäftigten Arbeiter einer Beeinflussung im gouvernementalen Sinne zugänglich sind. Das haben wir bei den letzten Wahlen bei der Post, Telegraphie und den Eisenbahnen gesehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Staatsbetriebe mit den parlamentarischen Einflüssen, wie sie sich geltend machen, haben gerade für die Konservativen etwas höchst Bedenkliches. (Hört, hört! links. Abg. Rickert: Haben Sie es eingesehen?) Aber selbst wenn alle diese Bedenken gegen das Monopol nicht existirten, so würde ich die Vorlage doch nicht votiren, weil wir mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht rechnen müssen. Von allen Parteien wird an die schlechten Leidenschaften der Massen appellirt, und diesen Agitationen will ich nicht die Grundlage geben, welche ihnen heute noch das Monopol giebt. Alle, welche bei dem Tabaksgeschäft interessirt sind, werden zu liberalen Wahlagenten, ich will diese Herren wieder auf die Seite hinüberziehen, auf die sie hingehören. (Zuruf und Lachen links.) Herr Bamberger hat das so ausgedrückt: die Majorität des Volkes habe entschieden, und deshalb dürfe man nicht für das Monopol sprechen. Nein, den hohen Standpunkt vermag ich nicht einzunehmen. (Sehr wahr! links. Heiterkeit.) Wenn ich von der Richtigkeit einer Sache überzeugt bin, dann lasse ich mich durch ein Votum der Nation auch nicht von meiner Meinung abbringen. Herr Richter hat sich beklagt über die Sprache des Reichskanzlers, das sei eine Sprache, die zum Konflikt führe. Wie ist aber die Sprache, welche fortschrittliche Flugblätter führen? Treibt das nicht zum Konflikt, wenn die Unwahrheiten verbreitet werden, die noch neulich in einem Wahlflugblatte, das im Kreise Grimmen verbreitet worden ist, standen? (Zuruf links: Was denn? Abg. Rickert: Vorlesen!) In früheren Zeiten galten als die verächtlichste Klasse von Menschen die professionellen Schmeichler der Fürsten. Eine ebenso verächtliche Menschenklasse sind die professionellen Schmeichler der Menge. (Sehr richtig! rechts.) Der Fortschritt geht dabei weit über die Sozialdemokratie hinaus. (Lachen links.) Wenn man auf die Wahlfahne schreibt: billiger Schnaps, billige Zigarren, und wenn man sagt, der Gegenkandidat vertheuert den Branntwein, das Bier, die Zigarren — ist das eine Agitation, wie sie einer würdigen politischen Partei geziemt? (Unruhe.) Wenn der alte Waldeck noch lebte, er würde sich schämen für solche Agitationen! (Große Unruhe, Lachen links. Abg. Rickert: Bitte vorlesen!) Ich weiß gar nicht, was ich vorlesen soll, der Wahlaufruf stand in allen Zeitungen und ist Ihnen wahrscheinlich bekannt. (Zuruf links: Nein, „billiger Schnaps“ hat es niemals geheißen!) Ich habe ihn nicht hier, er fängt an: „Dreihundert Millionen neue Steuern fordert der Reichskanzler.“ (Zuruf links: Sehr richtig! Wo ist der Schnaps?) Wo sind nun diese dreihundert Millionen, die der Reichskanzler fordert? 160 Millionen soll das Tabaksmonopol bringen. (Zuruf links: Das Verwendungsgesetz!) Dann kommt es weiter wieder auf die Monopolverwaltung: In Frankreich kostet das Pfund Tabak 5 Francs. (Sehr wahr! links.) Ist nicht die unmittelbare Folgerung: folglich wird es bei uns auch so viel kosten? Das ist die zweite Lüge. Daß der Tabak nicht ganz zur Ruhe gelangen kann, auch wenn das Monopol heute abgelehnt wird, dafür ist mir der beste Gewährsmann der Abg. Virchow. Dieser hat hier in Berlin in einer Rede den Tabak als ein ungemein steuerfähiges Objekt bezeichnet und sich nur dagegen verwahrt, daß er im Wege des Monopols besteuert werde. Ein einzelner Staat kann sich von dem Gange nicht emanzipiren, den alle Kulturstaaten in ihrer wirth-

schaftlichen Entwickelung nehmen, und wir können das auch nicht. Die meisten meiner politischen Freunde werden gegen alle Resolutionen stimmen. Die parlamentarischen Wege sind mit Resolutionen gepflastert, aber eine Wirksamkeit haben die letzteren nach unseren Erfahrungen nicht. Herr Bamberger hat gesagt, der Reichskanzler störe in den letzten vier Jahren den Frieden. Es ist eine Art Selbstüberschätzung des Herrn Bamberger, wenn er in dieser Weise den Reichskanzler abkanzelt. Und wenn der genannte Abgeordnete weiter sagt: der Reichskanzler geht sogar so weit, wenn es ihm paßt, die nationalen Rücksichten außer Acht zu lassen und sich dem Partikularismus in die Arme zu werfen, und wenn er dabei an den Franckenstein'schen Antrag erinnert hat, so erinnere ich an die Aeußerungen des verstorbenen Abg. Völk, die dahin gingen, daß sachlich durch diesen Antrag eine unabhängige Stellung des Reichs von der Bewilligung der Einzelstaaten erreicht wird. Sie selbst tragen übrigens die Schuld an jenem Antrage, weil Sie damals unseren Anträgen nicht zustimmen wollten. Gegenüber der gegen den Kanzler gerichteten Kritik der Herren Bamberger und Richter möge nicht das Maß von Verdächtigungen vergessen werden, denen der Reichskanzler ausgesetzt gewesen ist, seit er das Ruder des Staates in der Hand hat. Von jenen Kreuzzeitungsartikeln über die Aera Bleichröder bis zu dem Hausmeierthum des Kollegen Mommsen ist eine solche Fluth persönlicher Verdächtigungen der schlimmsten Art gegen den Reichskanzler geschleudert worden, daß man sich nicht wundern kann, wenn er in seinen Gefühlen gegen das Parlament etwas erkaltet ist. Eine Hauptleistung des Reichskanzlers ist die, daß er die deutschen Regierungen und deutschen Fürsten mit Liebe und Vertrauen zum deutschen Reich erfüllt hat. Das ist eine That, die von der Geschichte einmal in ihrem wahren Werth erkannt werden wird. Ist es nicht eine große Ueberschätzung, was Herr Bamberger hier dem Reichskanzler sagt: Ich fordere Sie im Namen des deutschen Volkes auf, nun Frieden zu halten? Der Abg. Bamberger mag sprechen für seine politischen Freunde oder allenfalls für die ganze liberale Partei, aber das deutsche Volk ist doch nicht so weit gegangen, daß es dem Herrn Bamberger gerade als seinen berufenen Vertreter anzusehen braucht, der im Namen des Volkes sprechen kann. (Sehr wahr! rechts.) Auf den warmen Appell des Reichskanzlers an das nationale Gefühl sagt Herr Bamberger: Wer nicht mit dem Reichskanzler einer Meinung ist, wird als Reichsfeind betrachtet. Wenn diese Antwort von der Fortschrittspartei gekommen wäre, die ihre Aufgabe darin sucht, sowohl dem Fürsten Bismarck seine Stellung zu verleiden (Widerspruch links, Zustimmung rechts), als auch dem deutschen Volke die Freude an der Herrlichkeit des deutschen Reichs zu verleiden und zu vergällen (Heftiger Widerspruch links, Beifall rechts) — so würde ich es begriffen haben. Aber Herr Bamberger gehört einer Partei an, die mit Begeisterung dem nationalen Banner gefolgt ist. (Ruf: Auch heute noch!) Ich hoffe, daß dem deutschen Volk der Vorwurf erspart werden wird, den ich treffend ausgedrückt finde in der „Neckar-Zeitung“, (Aha! links) nämlich der Vorwurf, „daß es die Größe eines lebenden Menschen selbst in dem Falle nicht zu ertragen vermöchte, daß dieser lebende Mensch der Neubegründer seiner politischen Existenz und Machtstellung war.“ (Rufe links: Weiterlesen! Zehnjährige Diktatur!) Weiterlesen kann ich nicht (Heiterkeit), denn der Artikel ist zu Ende. Und wenn der Abg. Sonnemann von einer zehnjährigen Diktatur spricht, so weiß ich nicht, ob er vorwärts oder rückwärts rechnet. Wenn er rückwärts rechnet, so sage ich: wenn Sie das eine Diktatur nennen wollen, so ist in dieser Diktatur Deutschland zum mächtigsten Reich auf der Welt geworden! (Beifall rechts, Zischen links.)

Unterstaatssekretär v. Mayr: Es ist ein seltener Fall, daß ein Volksvertreter wie der Vorredner ein Steuergesetz deshalb zurückweist, weil es zu niedrige Steuersätze enthält. Das Gegentheil pflegt häufiger der Fall zu sein. Das Prinzip des Mangels hat er nicht verworfen. Er könnte ruhig für den § 1 stimmen und bei den folgenden Paragraphen höhere Sätze beantragen. Das steht aber doch fest, daß bei Annahme des Monopols eine leichte Entwickelungsfähigkeit in Bezug auf die Tabaksbesteuerung gesichert wäre. Jetzt ist das nicht der Fall, wie die lebhaften Proteste der Tabaksinteressenten gegen jede Erhöhung der Besteuerung gezeigt haben. Ich bedauere, daß der Vorredner Mißtrauen gegen die Straßburger Manufaktur ausgesprochen hat, ohne es zu substantiiren. Richtig ist ja, daß die Stellung der zahllosen Tabaksinteressenten auf die Wahlbewegung von Einfluß gewesen ist. Daraus leitet der Vorredner seine Antipathie gegen die Vorlage her. Die Regierung kann sich nicht auf diesen Standpunkt stellen und auf die Einbringung der von ihr als die beste erkannte Steuerreform verzichten. Wenn Herr Windthorst sagt, die Verhandlungen in der Kommission hätten sein Urtheil nicht erschüttert, so beweisen seine späteren Ausführungen, daß dies die Folge der mangelnden Ausdehnung der Kommissionsverhandlungen war. Die Kommission hat keine selbständige Stellung zur Rentabilitätsberechnung eingenommen. Es ist richtig, daß in Folge dessen die Beunruhigung nicht aufhören wird. Sie kann, wie der Vorredner sagt, nicht eintreten, so lange der Tabak pro Kopf 1 Mk. einträgt. Keine Erklärung vom Tische der verbündeten Regierungen könnte diesem Umstande gegenüber eine Beruhigung verschaffen. Herr Windthorst fürchtet eine Schädigung der Gemeinden durch Einführung des Monopols. Man überschätzt aber die Anzahl der brodlos Werdenden, von denen man immer spricht. Für die Fabrikanten ist durch die Entschädigung und das Uebergangsstadium in der Vorlage gesorgt. Die Arbeiter werden zunächst fast sämmtlich in der Monopol-Industrie beschäftigt werden, da eine Aenderung des jetzigen Bestandes der Industrie doch nur allmälig durchgeführt werden könnte. Auch für die Detailhändler würde sich bei der ferneren Organisation des Verschleißes Beschäftigung finden, und für Diejenigen, die ausschließlich ihren Lebensunterhalt daraus finden, ist ja eine Entschädigung in Aussicht genommen. An Sympathien für die Interessen der Hansestädte hat es die Regierung nie fehlen lassen, es war aber unmöglich, der Schädigung derselben in dieser Vorlage Rechnung zu tragen. Wenn es zuweilen in der Hitze des Kampfes scheinen konnte, als hätte die Meinung des Abg. Windthorst einige Berechtigung, so kommt es nur daher, daß auch von anderer Seite die hanseatischen Interessen in einzelnen Fällen übertrieben wurden. Wenn Herr Bamberger meinte, die Vorlage sehe so aus, als ob ein Stück Sozialismus heute schon staatliche Nothwendigkeit sei, und das nur bedeute, nach uns die Sündfluth, so glaube ich, die Sache liegt umgekehrt; die Sündfluth der sozialen Revolution zu vermeiden, ist eine gute reformatorische Sozialgesetzgebung nöthig. Das Monopol ist rein auf dem fiskalischen Steuerboden erwachsen als Steuerform und durchaus nicht als erstrebenswerther Selbstzweck der Arbeits-Organisation. Das Monopol ist keine sozialistische Einrichtung, sondern die richtig steuerfiskalische angeordnete Form der Erhebung der Tabakssteuer; es hat eine große nationale und staatserhaltende Bedeutung. Der Herr Referent wollte gestern die Aufgabe der Kommission in merkwürdiger Weise begrenzen. Die Kommission habe nur die Aufgabe gehabt, noch neue Gründe gegen das Monopol zu finden. Eine solche Mission ist meines Wissens der Kommission niemals ertheilt worden. Auch der Abg. Windthorst sprach heute das volle Gegentheil von der Auffassung des Herrn Referenten aus. Und thatsächlich hat sich die Kommission mit dem Suchen nach neuen Gründen gegen das Monopol überhaupt nicht beschäftigt. Ihre Aufgabe war, die Vorlage gründlich und vollständig zu prüfen. Das ist nicht geschehen. Die Unvollständigkeit und Einseitigkeit des Berichts ist nicht blos von mir, sondern seitdem noch von verschiedenen Seiten auch hier im Hause getadelt worden. Und das hat wieder die Folge, die der Herr Abg. Windthorst anführte, daß das heutige Votum nicht das Ende der Sache ist, obgleich viele Mitglieder des Hauses dies wünschen. Mein Gesammteindruck ist folgender: Die Kommissionsverhandlungen und der Bericht enthalten ein Bezweifeln einzelner Ansätze der Rentabilitätsberechnung ohne eine systematische Gesammtprüfung derselben und ohne positive Gegenrechnung. Der unparteiische Leser des Kommissionsberichts muß den Eindruck bekommen, daß das Monopol einen finanziell sehr hohen Ertrag bringen wird und daß es eben deshalb über kurz oder lang auch zur Einführung des Monopols kommen wird.

Inzwischen ist folgender Antrag des Abg. v. Ludwig eingebracht worden: „Nach Beendigung der Debatte über § 1 wird die Vorlage nochmals der VII. Kommission überwiesen zur Berichterstattung über folgende Punkte: 1) Aus welchen Gründen sind die Verschiedenheiten in den ziffermäßigen Angaben der Motive der Gesetzesvorlage und den Angaben des Kommissionsberichtes entstanden und welche Zahlen sind die richtigen? 2) Bedürfen die deutschen Einzelstaaten Zuschüsse aus Reichsmitteln zur Herstellung geordneter Finanzverhältnisse und welchen Betrag eventuell erreichen dieselben? 3) Durch welche Mittel kann eventuell das Reich diese Summe beschaffen?

Abg. Magdzinski schildert zunächst die Verhältnisse der polnischen Landestheile, in denen Tabaksbau von bedeutenderem Umfange nicht getrieben werde; soweit derselbe vorhanden sei, habe er in Folge der letzten Erhöhung von 1879 wohl schon bedeutend abgenommen. Die Frage des Monopols sei also für ihn und seine Landsleute eine ziemlich gleichgültige, soweit dabei nicht politische Bedenken in Betracht kommen, namentlich die Maßregelung von Arbeitern; in dieser Beziehung hätten ja namentlich die Polen in letzter Zeit üble Erfahrungen gemacht. Redner erklärte, daß er und seine Freunde sich der Abstimmung über das Monopol enthalten, aber gegen alle Resolutionen stimmen würden.

Ein Schlußantrag wird darauf abgelehnt, die Vertagung der Sitzung aber beschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Mommsen: Abg. v. Kardorff hat gesagt, ich hätte den Reichskanzler als den Hausmeier des Kaisers bezeichnet. Einer ähnlichen Aeußerung des Reichskanzlers gegenüber habe ich deren Falschheit erklärt. Wie derjenige zu bezeichnen ist, der ein so widerlegtes Mißverständniß wiederholt, das zu bestimmen überlasse ich den Parteigenossen des Herrn von Kardorff, nicht ihm selbst. Ob ich den Reichskanzler mit meiner Aeußerung beleidigt habe, wird in den nächsten Tagen von einer Stelle zum Austrag kommen, die mehr Autorität hat, als der Abg. v. Kardorff. (Beifall.)

Abg. Bamberger: Ich bin von den Herren von Mayr und von Minnigerode heute mehrfach bedacht worden, ich muß also mitten hinein zwischen Tiger und Leu'n. (Heiterkeit.) Meine Andeutung, daß ich für den Freihandel das Tabaksmonopol annehmen könnte, ist buchstäblich verstanden worden, trotzdem man doch wissen sollte, daß ich nicht immer im trockenen Ton spreche. Wenn ich heute gefragt würde, welches ist das kleinere Uebel, die ganze Wirthschaftspolitik mit der Sozialpolitik oder das Tabaksmonopol, dann würde ich mich für das letztere entscheiden. In dem Namen des deutschen Volkes kann ich allerdings nicht sprechen; aber von allen Seiten besteht der Wunsch nach Ruhe, das ist unbestreitbar. (Sehr richtig!)

Abg. Virchow: Ich habe allerdings in einer Versammlung in Berlin den Tabak als ein steuerfähiges Objekt bezeichnet, aber zugleich hinzugefügt, daß wir an der Grenze der Steuersätze angekommen seien, wo eine Erhöhung der Steuer den Konsum vermindert. Redner will dann auf das vom Abg. von Kardorff citirte Flugblatt eingehen, wird aber vom Präsidenten daran gehindert, da dies im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich sei.

Abg. von Ludwig spricht seine Freude darüber aus, daß er der Idealparlamentarier sein soll, namentlich aber darüber, daß er sich dabei so ganz im Gegensatz zu Herrn Richter befinde.

Abg. von Kardorff zieht seine Bemerkung bezüglich des Hausmeierthums, soweit sie sich auf Herrn Mommsen bezog, zurück.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Monopoldebatte; Interpellation Grillenberger; Nachtragsetat.)

Wollmarktsbericht der Posener Handelskammer.

Das Wollgeschäft nahm in der Kampagne 1881/82 im Allgemeinen keinen günstigen Verlauf. Während dieser Periode trat auch nicht vorübergehend eine Preissteigerung oder größere Lebhaftigkeit im Handel ein. Wenn hierorts das nach dem vorjährigen Wollmarkt aufgestapelte, durch spätere Zufuhren verstärkte Lager von etwa 20,000 Zentner bis auf circa 2000 Zentner abgesetzt wurde, so war dies eine Folge des Entgegenkommens der Wollinhaber, die mit geringem und mitunter ohne Nutzen ihre Waare begaben. Unter diesen Umständen fehlte die Lust zu Abschlüssen auf die neue Schur; die Käufer wollten vorjährige Preise nicht anlegen, während nur wenige Produzenten das Erzeugniß billiger zu veräußern bereit waren. Erst unmittelbar vor und bei Beginn der Schur gestaltete sich das Kontraktgeschäft lebhafter, und ansehnliche Posten — nahezu die Hälfte der Gesammtproduktion — wurden zu 3—5 Mark unter, theilweise aber zu vorjährigen Preisen geschlossen.

Die dem breslauer Markt vorhergehenden kleinen schlesischen Märkte hatten matten Verlauf; die Preise stellten sich überwiegend 3—6 Mk. niedriger als im vorigen Jahre.

Die Marktzufuhr in Breslau trat gegen die im Vorjahre zurück, aber auch Käufer waren in geringerer Zahl anwesend und verhielten sich zumeist abwartend. Bei gelungenen Wäschen wurden dort für mittelfeine Sorten vorjährige Preise, manchmal auch 3—5 Mark darüber angelegt, feine und hochfeine Posten dagegen fanden nur unter Preisreduktion Nehmer.

Für den hiesigen Markt trafen erst am 11. d. Mts. größere Quanten ein; es waren an diesem Tage auch schon auswärtige Fabrikanten und Händler anwesend, und viele eben angelangte, insonders bekannte Stämme sowohl als auch größere Partien vom Lager wurden zu einem Preisaufschlage von 6—9 M. genommen. Am 12. früh, bei offiziellem Beginn des Marktes, wies das Geschäft große Lebhaftigkeit auf, so daß alles, was herangebracht war, im Laufe des Vormittags bis auf kleine Reste zu Preisen, welche die vorjährigen um 3—12 M. überschritten, in Umsatz kam. Von dieser Aufbesserung profitirten am meisten die mittelfeinen Sorten, weniger die geringen, dahingegen fanden die feinen Wollen nur zu vorjährigen Notizen Abnehmer. Die Marktanfuhren bezifferten sich laut amtlicher Feststellung auf 17,418 Ztr. gegen 19,351 Ztr. im Jahre 1881. Am Schurgewicht ist ein Ausfall von 5 bis 10 pCt. bemerkt worden, was zum Theil in der fast ausnahmslos gelungenen Wäsche seine Veranlassung haben mag.

Am diesjährigen Markte fand in ungewaschenen Wollen ein größeres Geschäft als bisher statt. Der Umsatz hierin belief sich auf circa 1000 Ztr. zu 57—70 Mk., was eine Preiserhöhung von 5—6 Mk. gegen 1881 bedeutet.

Am Einkaufe betheiligten sich außer einigen Ausländern (Russen) inländische Fabrikanten und Großhändler, auch brachten hiesige Interessenten namhafte Posten an sich.

Klagen über ungeeignete Verpackung der zugeführten Wollen wurden weniger laut als früher; es darf anerkannt werden, daß diese Unzuträglichkeit, welche dem Handel in inländischem Erzeugniß Schwierigkeiten bereitet, im Schwinden begriffen ist.

Bezahlt wurden folgende Preise pro Ctr. (50 Ko.):

für hochfeine Wollen	170—186	Mk.,
„ feine „	166—175	„
„ mittelfeine Dominialwollen	150—172	„
„ Rustikalwollen	130—140	„

Posen, den 14. Juni 1882.

Die ständige Kommission
der Handelskammer für das Wollgeschäft.

(Wiederholt, weil nicht in allen Exemplaren des Mittagsblattes.)

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 14. Juni. Die „Agence Havas“ meldet bezüglich der außerhalb verbreiteten Gerüchte über die Ermordung des Khedive Tefwik, es liege keine derartige Depesche vor.

Angekommene Fremde.

Posen, 14. Juni.

Mylius' Hotel de Dresde. Die Rittergutsbesitzer Baarth aus Modrze, Pliszkowski aus Koparzyce, Jacobi und Frau aus Trzionka, Fräul. Münchenberg und Schwester, Fräul. Hoppe aus Boslowko, Hauptmann Blanc aus Muczenowo, Wandelt aus Sentschin, Oberamtmann Daniels aus Tischdorf, Oberst und Inspekteur von Krause, Ingenieur Angele und Fabrikbesitzer Mosse aus Berlin, Gesellschafterin Fräulein Streich aus Trzionka, die Kaufleute Speyer aus Berlin, Würk und Hartmann aus Dresden, Volmar aus Danzig, Blase aus Lübeck, Assessor Mitschke aus Rogasen.

Julius Buckow's Hotel de Rome. Regierungs- und Baurath Koschel aus Breslau, Hauptmann Weber aus Berlin, königl. Oberförster Krüger aus Moschin, Fabrikant Sultan aus Thorn, Privatière Fräul. Graßmann aus Schwerin a./W., die Kaufleute Benack aus Breslau, Voigtmann aus Leipzig, Meyersohn, Gerlach und Müller aus Berlin, Neubauer aus Magdeburg, Sievers aus Plauen, Kerner aus Crefeld.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 14. Juni. (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 13			Not. v. 13.
Weizen fest			**Spiritus** fest		
Juni	215 25	210 80	loco	45 30	44 70
Sept.-Oktober	199 75	199 75	Juni	45 70	45 50
Roggen matter			Juni-Juli	45 70	45 50
Juni	145 —	145 50	August-September	47 —	47 —
Juni-Juli	144 75	145 50	September-Oktober	47 50	47 50
Sept.-Oktober	143 75	144 50	**Hafer** —		
Rüböl ruhig			Juni-Juli	134 50	134 70
Juni	57 30	57 40	Kündig. für Roggen	500	600
Sept.-Oktober	56 50	56 80	Kündig. Spiritus	—,—	10000

Pos. Erzb. E. St.-Pr.	79 75	80 40	Russ. Bod.-Kr. Pfdb.	80 75	80 75
Oels-Gn. „ „	63 —	63 50	Russ. Präm-Anl 1866	134 75	135 90
Mainz-Ldwgsh. E-A.	104 75	105 —	Pos. Provinz.-B.-A.	122 —	122 —
Oberschlesische „ „	246 10	247 —	Ldwirthschftl. B.-A.	79 —	79 50
Kronpr. Rudolf „ „	71 —	71 50	Posener Spritfabrik	66 —	67 60
Oestr. Silberrente	65 50	65 60	Reichsbank	149 75	149 50
Ungar 5% Papierr.	— —	73 75	Deutsche Bank Act.	151 25	152 50
do. 4% Goldrente	75 10	75 10	Disk. Kommand.-A.	205 75	206 50
Russ.-Egl. Anl. 1877	87 10	87 20	Königs-Laurahütte.	119 75	119 50
„ „ 1800	69 60	69 80	Dortmund. St.-Pr.	93 50	94 50
„ zw. Orient. Anl.	56 50	56 50			

Nachbörse: Franzosen 561 50 Kredit 554 — Lombarden 248 50

Galizier. Eisen. Akt.	135 —	135 90	Russische Banknoten	205 90	206 —
Pr. konsol 4% Anl.	101 80	101 90	Russ. Engl. Anl. 1871	83 25	83 90
Posener Pfandbriefe	100 70	100 75	Poln. 5% Pfandbr.	63 60	63 25
Posener Rentenbriefe	100 60	100 75	Poln. Liquid.-Pfdbr.	55 30	55 25
Oesterr. Banknoten	170 40	170 75	Oest. Kredit Akt.	554 —	554 50
Oesterr. Goldrente	80 40	80 60	Staatsbahn	561 50	562 —
1860er Lose .	122 50	123 —	Lombarden	248 50	248 —
Italiener	89 75	89 80	**Fondst.** fest		
Rumän. 6% Anl. 1880	103 10	103 25			

Stettin, den 14. Juni. (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 13			Not. v. 13.
Weizen ruhig		— —	Sept.-Oktober	56 —	56 —
Juni	210 —	212 —	**Spiritus** höher		
Juni-Juli	209 —	211 —	loco	43 60	43 50
Sept.-Oktober	198 50	199 —	Juni-Juli	44 50	43 90
Roggen ruhig			August-Sept.	46 —	45 70
Juni	144 50	145 50	Sept.-Oktober	46 50	46 10
Juni-Juli	143 50	144 —	**Petroleum** —.		
Sept.-Oktober	142 50	144 —	Sept.-Oktober	7 60	7 65
Rüböl geschäftslos			**Rübsen** —.		
Juni	59 —	59 —	Sept.-Oktober	255 —	255 —

Durchschnitts-Marktpreise nach Ermittelung der k. Polizei-Direktion.

Posen, den 14. Juni.

Gegenstand.			gute W. M.	Pf.	mittel W. M.	Pf.	gering. W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	—	—	—	—	—	—
	niedrigster		—	—	—	—	—	—		
Roggen	höchster		14	90	14	20	13	90	14	17
	niedrigster		14	50	14	—	13	50		
Gerste	höchster		—	—	—	—	—	—	—	—
	niedrigster		—	—	—	—	—	—		
Hafer	höchster		15	—	14	50	14	—	14	60
	niedrigster		14	80	14	30	13	80		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Stroh Richt-	pro 100 Kilo	6	50	5	50	6	—
Krumm-		—	—	—	—	—	—
Heu		7	50	5	50	6	50
Erbsen		—	—	—	—	—	—
Linsen		—	—	—	—	—	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—
Kartoffeln		3	—	2	40	2	70

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf
Rindfl. v. d. Keule	pro 1 Kilo	1	30	1	20	1	25
Bauchfleisch		1	—	—	90	—	95
Schweinefl.		1	20	1	—	1	10
Hammelfl.		1	20	—	90	1	05
Kalbfleisch		1	20	—	90	1	05
Butter		2	—	1	80	1	90
Eier pr. Schock		2	20	—	—	2	20

Börse zu Posen.

Posen, 14. Juni. [Amtlicher Börsenbericht.]

Roggen geschäftslos.

Spiritus (mit Faß.) Gek. —,—. Liter. Kündigungspreis 44,10, per Juni 44,10, per Juli 44,50, per August 45,10, per September 45,50, per Oktober 45,20. Loco ohne Faß 43,80.

Posen, 14. Juni. [Börsenbericht.]

Roggen ohne Handel.

Spiritus matt. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —,—, per per Juni 44,10 Gd., per Juli 44,50 bez. Br., per August 45 bez. Br., per September 45,40 bez. Gd., per Oktober 45,20 bez., per November-Dezember 45 bez. Br. Loco ohne Faß 43,70 bez.

Marktbericht der kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 14. Juni.

		feine W.		mittl. W.		ordin. W.	
Weizen	pro 100 Kgr.	21 M.	60 Pf.	20 M.	90 Pf.	19 M.	30 Pf.
Roggen		14 „	40 „	13 „	80 „	13 „	40 „
Gerste		13 „	50 „	12 „	80 „	12 „	70 „
Hafer		14 „	— „	13 „	— „	12 „	70 „

Marktkommission.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Juni Mittags 0,50 Meter.
„ „ 14. „ Morgens 0,48 „
„ „ 14. „ Mittags 0,48

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.